



taz.die tageszeitung vom 11.09.2019, Seite 9 / Wirtschaft und Umwelt

Zehn Gigawatt in der Pipeline

Auf der Messe Husum Wind 2019 zeigt sich die Branche angeschlagen. Sie bemängelt fehlende Leitungen, veraltete Gesetze und langwierige Verfahren

Aus Husum **Esther Geißlinger**

Zum 30. Mal trifft sich die **Windenergiebranche** in dieser Woche zur Messe im nordfriesischen Husum. Doch die Stimmung auf der "Husum Wind 2019" ist schlecht: Es werden kaum neue Windanlagen aufgestellt, Rotorenhersteller bauen Arbeitsplätze ab. Die Schuld sieht die Branche bei der Politik.

Nordfriesland ist Wind-Wunderland. Im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog liefern Hybridheizungen, die den Windstrom des örtlichen Bürgerwindparks verbrauchen, Wärme. Das Dorf Klixbüll ist Spitzenreiter bei E-Mobilität, sogar das "Dörpsmobil" rollt mit dem Strom der Windräder. Insgesamt produziert Schleswig-Holstein 150 Prozent seines Strombedarfs mit Windanlagen, kann also exportieren. Doch der Ausbau stockt: 56 neue Anlagen wurden 2017 bewilligt, 2018 seien es sogar nur 20 gewesen, sagt Marcus Hrach, Geschäftsführer des Bundesverbandes **Windenergie** (BWE).

In Schleswig-Holstein stört ein juristisches Hindernis den Ausbau: 2015 stoppte ein Gericht die Regionalpläne für die Ausweisung von Flächen für Windrädern. Seither wird jede Anlage als "Ausnahme" genehmigt. Im Sommer 2018 stellte Innen-Staatssekretärin Kristina Herbst (CDU) einen neuen Kriterien-Katalog vor und versprach mehr Tempo. Aber derzeit warten 309 Windräder auf den Behördenstempel. "Kein einziger Antrag liegt bei uns", sagt Ministeriumssprecher Dirk Hundertmark. Stattdessen wird auf örtlicher Ebene geprüft, ob Umwelt, Baupläne oder Flugverkehr betroffen sind. Wie soll der Ausbau beschleunigt werden, ohne Naturschutz- oder Beteiligungsrechte zu beschneiden?

Aus Sicht der Branche ist das Gesamtergebnis dramatisch: "Im Land bräuchten wir jährlich 230 neue Anlagen, damit das politische Ziel von 10 Gigawatt Strom bis 2025 erreicht wird", sagt Hrach. Auch bundesweit stehe "die Branche mit dem Rücken zur Wand". 2016 arbeiteten 133.800 Personen in der Branche, die Zahl sank bis Ende 2017 auf 112.100. Im Offshore-Bereich gingen 4.200 von 27.200 Jobs verloren.

Beim Berliner "Windgipfel" im September kritisierten Windkraft- und Umweltverbände überlastete Behörden, unterschiedliche Abstandsregeln, fehlende Koordination zwischen Ländern und Bund. "700 bis 800 Tage dauert es, bis eine Anlage genehmigt wird", sagt Hrach. Bundesweit steckten rund "10 Gigawatt in der Pipeline" - das entspricht mehreren konventionellen Kraftwerken.

In Schleswig-Holstein, wo dank Bürgerwindparks viele Menschen an den Anlagen beteiligt sind, gebe es vergleichsweise wenige Proteste. Woanders bildeten sich dagegen schnell Initiativen gegen **Windenergie**. Die Gruppen sind bundesweit vernetzt und tauschen Tricks aus, um die Genehmigungen zu verlangsamen. Aber auch bereits laufende Windräder werden ausgebremst. Weil Leitungen fehlen und konventionelle Kraftwerke zuerst einspeisen dürfen, werden sie "abgeregelt". Da die Windmüller*innen dennoch Geld erhalten, wird doppelt für eine Kilowatt-Stunde bezahlt.

Die **Energie** anders zu nutzen, etwa zum Heizen, ist technisch möglich, aber wirtschaftlich aktuell unsinnig: Da Öl oder Gas geringer besteuert werden, kostet ein Kilowatt Heizungswärme aus fossiler **Energie** 6 Cent, aus **Windenergie** 29 Cent. "**ErneuerbareEnergie** muss auf Augenhöhe mit fossiler kommen", fordert Hrach. Dafür müssten Gesetze und Umlagen "an das Zeitalter erneuerbarer **Energie** angepasst werden".

Doch stattdessen gehören Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Mecklenburg-Vorpommern zu einem "Netzausbaugebiet": Der Bau neuer Windräder ist gedeckelt, solange Leitungen fehlen. Für Hrach ist es "Irrsinn, den für die Klimaziele dringend benötigten Ausbau künstlich zu bremsen".

Auch Schleswig-Holsteins grüner **Energieminister** Jan Philipp Albrecht hält die Deckelung für ein Haupthindernis. "Wir sind initiativ in Richtung Berlin", sagte er der taz. Dank der bundesweiten Proteste gegen den Klimawandel stünden die Chancen gut, dass sich nun etwas bewegt: "Seit Anfang des Jahres liegen unsere Anträge im Wirtschaftsministerium. Damals wurde signalisiert, dass man uns nicht folgen würde. Heute werden dort ähnliche Ideen beraten, auch in der Union tut sich etwas."

Hrach wünscht sich im Jubiläumsjahr der Windmesse einen Bewusstseinswandel: "Die Mehrheit der Bevölkerung ist für die **Energiewende**. Sicher muss man Probleme diskutieren, aber wenn wir eine CO₂-neutrale Gesellschaft werden wollen, brauchen wir die **Windenergie** - und Politiker in den Ländern und im Bund, die das selbstbewusst kommunizieren."



Saubere **Energieerzeugung**: Servicetechnikerin steuert Windkraftanlage per Display Paul Langrock/Agentur Zenit
Esther Geißlinger

Quelle: taz.die tageszeitung vom 11.09.2019, Seite 9

Dokumentnummer: T20191109.5621221

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_9db708cd83e8c942e0c35e43ae182a03c8fa11bd

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH